

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir sind ein formloser Zusammenschluss aus Kirchenvertretern, Bürgern und Politikern verschiedenster Parteien aus Kommune, Kreis und Land und haben uns aufgrund der aufgedeckten Missstände 2018 in Kellinghusen zu einen sogenannten Stützkreis „Wohnen und Arbeiten mit Werkvertrag in Kellinghusen“ zusammengefunden. Daher wird es von uns kein Zahlenwerk, Statistiken oder Erhebungen geben. Nur eine Zusammenfassung unserer Arbeit der letzten 2 Jahre.

Wir haben uns mit dem Ziel „Hilfe zur Selbsthilfe“ schaffen zu wollen zusammengefunden und als Arbeitsgrundlage die Selbstverpflichtungserklärung herangezogen. Nach 2 Jahren intensiver Debatten, Recherchen und runden Tischen mit Vertretern der Branche müssen wir feststellen: wir sind gescheitert. Minimalste Erfolge lösen nicht das grundlegende Problem, dass der Werkvertrag zur Ausbeutung der Menschen benutzt wird. Sprachbarrieren, Unkenntnis über Kultur und Rechte insbesondere Arbeitsrecht lassen die Menschen in große Probleme geraten. Immer wieder kommen Osteuropäer zum Stützkreis, deren Geschichten haarsträubend sind. Immer wieder geht es um Jobverlust wegen Krankheit, nicht gezahlte Arbeitsstunden, Rauswürfe aus Unterkünften und endlose Arbeitstage. Das Telefon einer rumänischen Landsfrau, zu der die Leute Vertrauen gefasst haben klingelt den ganzen Tag, die Probleme hören nicht auf. Sozialberatungsangebote, die wir entworfen haben und einfordern, sind kaum umsetzbar mangels Geld oder sonstiger verwalterischer Hürden.

Trotz der guten Dialoge, die wir mit der Fleischindustrie an runden Tischen haben sind wir einhellig der Meinung, dass das Konstrukt Werkvertrag in der Fleischindustrie auf kriminelle Weise missbraucht wird.

Die Beteuerungen, dass keine unzulässigen Überstunden geleistet werden decken sich nicht mit den Erzählungen der Osteuropäer, die wir kennenlernen. Ich möchte betonen, dass wir nur einige kennenlernen, und die sind wahrscheinlich keine Einzelfälle, sonder die Spitze eines Eisberges.

Fazit: Hier muss Verantwortung seitens der POLITIK übernommen werden. Sozialberatungen, Sprachkurse VOR Arbeitseintritt, entkoppeltes Wohnen müssen verpflichtend sein. Wir als Ehrenamtler können keine Abhilfe schaffen, und es ist auch nicht unsere Aufgabe Versäumnisse der Bundesregierung in Bezug auf Arbeitnehmerfreizügigkeit aufzufangen.

Anja Halbritter  
Stützkreis „Wohnen und Arbeiten mit Werkvertrag in Kellinghusen“

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/3506